

Die demographische Zeitbombe tickt

Die Menschen bekommen immer weniger Kinder und werden immer älter. Ein Fakt, der Politik und Gesellschaft fordert. Im Rahmen der Veranstaltung «Gesellschaft im Wandel» wurden Perspektiven, Risiken und Chancen diskutiert.

Von Niki Eder

Die Welt ändert sich. Ohne Zweifel. In den westlichen Ländern galt im Jahre 1910 noch das Modell der Bevölkerungspyramide – eine breite Schicht junger Menschen mit nur wenig Hochbetagten. Doch das Bild hat sich gekehrt: Es gibt immer mehr alte Menschen, bei abnehmender Geburtenrate. Eine Entwicklung, die vielen Angst macht. Wie sollen die Renten noch bezahlt werden? Stirbt unsere Kultur aus? Und woher sollen wir junge, qualifizierte Arbeitskräfte bekommen? Fragen, die gestern im Vaduzer Saal im Rahmen der Veranstaltung «Gesellschaft im Wandel» von hochkarätigen Experten aus dem In- und Ausland diskutiert wurden. Als Einleitung zur Podiumsdiskussion hielten Rüdiger Schulz vom Institut Allensbach und Zukunftsforscher Mathias Horx Referate mit Fakten und Prognosen, die zum Nachdenken anregten, schockierten, teils auch amüsierten.

Die Zeit drängt

Für die beängstigende demographische Entwicklung hat Rüdiger Schulz drei Erklärungen, welche er anhand des Beispiels Deutschland aufzeigte. Dazu gehört erstens die sinkende Geburtenrate, welche 1960, in den Nachkriegsjahren ihren Anfang nahm. Während eine Frau im Jahre 1900 durchschnittlich fünf Kinder zur Welt brachte, waren es 2005 gerade noch 1,3 Kinder. «Nur zehn Prozent der heute 67-jährigen Frauen haben keine Kinder. Bei den 43-jährigen sind es bereits über 30 Prozent», fügt Schulz an. «Hauptgrund dafür ist der zunehmende Wunsch nach berufli-



Was bringt die Zukunft? Mit dieser Frage beschäftigen sich Zukunftsforscher Mathias Horx, Markus Kaufmann vom Zukunftsbüro der Regierung und Rüdiger Schulz vom Institut Allensbach (v. l.).

Bild: Elma Velagic

cher Verwirklichung, welcher für Frauen mit einem Kind nur schwer vereinbar scheint.»

Zweitens hat die steigende Lebenserwartung Einfluss auf den Wandel. Zwischen 1871 und 1881 starben Frauen durchschnittlich mit 38,5 Jahren. Heute werden sie über 80 Jahre alt. Rüdiger Schulz: «Experten rechnen damit, dass dieses Lebensalter bis 2050 auf 90 Jahre steigt» – dank Medizin und steigendem Wohlstand.

Als dritte Ursache betrachtet der Experte speziell für Deutschland die sinkende Zuwanderung bei steigender Abwanderung. So suchten immer mehr Deutsche im Ausland ihr Glück. «Wir erwarten eine schrumpfende Bevölkerung. Vor allem der Anteil junger Leute wird sinken.»

Was heisst das für die Gesellschaft? Es gibt immer weniger Erwerbspersonen zwischen 20 und 65 Jahren, welche somit auch weniger Beiträge in die Rentenkasse einzahlen – bei gleichzeitig steigender Rentenbezugsdauer. «Wir müssen uns vom Generationenvertrag verabschieden, bei dem die Erwerbstätigen die Rentner

finanzieren», sagt Schulz. Heute fallen gut 44 Rentner auf 100 Personen im Erwerbsalter. 2050 werden es 80 Rentner sein. «Ohne ergänzende Altersvorsorge geht es nicht.»

Für Rüdiger Schulz ist klar: «Die demographische Zeitbombe tickt schon seit Jahrzehnten.» Nur haben Politik und Gesellschaft zu spät reagiert. Mittlerweise sei es höchste Zeit zu handeln. «Zum Beispiel, indem die Rahmenbedingungen für erwerbstätige Mütter verbessert werden.» Eine grosse Notwendigkeit sieht Schulz in der Ausbildung der Jugend. «Berufliche Qualifikation ist zwingend erforderlich, um in Zukunft bestehen zu können.»

Entwicklung als Chance sehen

Stirbt Europa aus? Ein Katastrophenszenario, das Zukunftsforscher Mathias Horx umkehrt und einmal von der positiven Seite betrachtet. Denn verloren ist in seinen Augen nichts. Man könne an Ländern wie Frankreich und Dänemark sehen, dass der Geburtenrückgang noch umzukehren sei. Das Beispiel Island mit einer durchschnitt-

lichen Geburtenrate von zwei Kindern pro Frau zeigt, wie es geht: «In Ländern mit dem Doppelverdiener-Modell und einer hohen Emanzipation, steigt die Geburtenrate. Nach diesem Muster gilt es, unser System umzubauen.»

Horx weigert sich auch, von der negativ behafteten Überalterung zu sprechen. «Ich bevorzuge den Ausdruck Downaging. Dieser Megatrend ist keine Katastrophe, sondern ein Anpassungsprozess.» Die Vorsorgefähigkeit des Gesellschaftssystems müsse gestärkt werden, wozu zum Beispiel das Rauchverbot in öffentlichen Räumen diene. Höchste Priorität habe die Gesundheit, welche es so lange wie möglich zu bewahren gilt. Dann spreche auch nichts dagegen, Arbeitsangebote für Senioren zu schaffen – mit dem positiven Effekt, dass das Rentensystem nicht zusammen bricht.

«Wir brauchen eine neue Alterskultur», betont der Zukunftsforscher und schliesst mit einem Zitat von Ashley Montagu: «The idea is, to die young. As late as possible.»

SEITE 5

Nachhaltiges Handeln gefordert

In Ländern mit praktikablen Doppelverdiener-Modellen und hohem Emanzipationsgrad können höhere Geburtenraten verzeichnet werden. Das zeigt, dass ein Staat durch rechtzeitiges Handeln nicht in die demografische Katastrophe schlittern muss.

Von Günther Fritz

Markus Kaufmann vom Zukunftsbüro der Regierung zeigte sich gestern Abend erfreut, dass die Einladung der Regierung zur Veranstaltung «Gesellschaft im Wandel – Perspektiven, Chancen und Risiken der alternden Gesellschaft» auf ein so beachtliches Publikumsinteresse stiess. Das Foyer des Vaduzer Saales war fast voll und die anwesenden Gäste beteiligten sich nach den Eingangsvoten der Podiumsteilnehmer auch rege an der Diskussion.

Starke Zuwanderung in Liechtenstein
Zukunftsforscher Mathias Horx und Rüdiger Schulz vom Institut Allensbach skizzierten in eindrücklichen Referaten die Handlungsfelder anhand von Zahlen und Trends, welche die Entwicklungen zunächst in Deutschland, aber auch in anderen europäischen und aussereuropäischen Ländern beschreiben. Wilfried Marxer, Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut, erklärte, dass das Problem der Überalterung Liechtenstein insofern nicht im gleichen Ausmass treffe, weil eine starke Zuwanderung von Arbeitskräften stattfindet. Zwei Drittel aller in Liechtenstein Beschäftigten sind Ausländer, die Hälfte sind Grenzgänger. Im Jahr



Diskutierten die Perspektiven, Chancen und Risiken der alternden Gesellschaft: AHV-Direktor Walter Kaufmann, Wilfried Marxer, Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut, Bernadette Kubik-Risch, Stabsstelle für Chancengleichheit, und Lucia Biedermann, Studentin an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (v. l.).
Bild: Elma Vealig

re 1970 konnten 2500 Grenzgänger verzeichnet werden, heute sind es 15 000 Grenzgänger bei 30 000 Arbeitsplätzen. Vor diesem Hintergrund würden sich die gesellschaftspolitischen Probleme in Bereiche wie Migration und Integration verlagern, sagte Wilfried Marxer. Liechtenstein entwickle sich weiter zu einer Wissensgesellschaft, in welcher die Anforderungen an das Bildungswesen immer mehr steigen.

Chancengleichheit als Motor
Bernadette Kubik-Risch, Stabsstelle für Chancengleichheit, erinnerte daran, dass das Liechtensteinische Gymnasium erst im Jahre 1968 für Mädchen geöffnet wurde und heute von mehr Mädchen als von Buben besucht wird. Dem Staat komme die Aufgabe zu, Erleichterungen für Paare zu

schaffen, damit sie sich für Kinder entscheiden, und für Eltern, dass sie mehrere Kinder möchten. Hierbei könnten Lohngleichheit, flexible Arbeitszeiten, ausserhäusliche Kinderbetreuung, Tagesstrukturen an den Schulen und Aufstiegschancen für Teilzeitbeschäftigte als positive Verstärker wirken. Ein Umdenken in der Wirtschaft und der Gesellschaft sei notwendig.

Komfortable Situation der AHV
AHV-Generaldirektor Walter Kaufmann konnte vor dem zahlreich erschienenen Publikum von einer komfortablen finanziellen Ausgangslage der 1. Säule in Liechtenstein berichten. Der AHV-Fonds entspricht fast dem Zwölffachen der im Berichtsjahr 2006 ausbezahlten Leistungen. Trotz dieser komfortablen Situation gelte es

aber, sich heute schon vertieft mit der Frage auseinanderzusetzen, wie die AHV langfristig gesichert werden kann. Es brauche im Moment zwar keine drastischen Korrekturmassnahmen, trotzdem sei es an der Zeit, sich angesichts des auch in Liechtenstein mit Verzögerung stattfindenden demografischen Wandels Gedanken über die Leistungsfähigkeit der AHV zu machen. Denn es sei besser, heute mit Bedacht und massvoll zu reagieren, als später heftig reagieren zu müssen.

Generationenbilanz

Lucia Biedermann, Studentin an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, beschäftigt sich im Auftrag des Ressorts Präsidium der liechtensteinischen Regierung mit der Erarbeitung einer Generationenbilanz. Hier gehe es im Wesentlichen um die Suche nach Antworten auf die Frage, wie der Staat auf die gesellschaftlichen Veränderungen nachhaltig reagieren soll. Nachhaltiges Handeln bedeute, dass der Staat in seinen heutigen Entscheidungen eben auch die Bedürfnisse der noch nicht Geborenen berücksichtige. Trotz der guten finanziellen Reserven dürfe der Staat die Hände nicht in den Schoss legen. Die Generationenbilanz beantworte die Frage, welches die vorrangigen Handlungsfelder sind.

Steuerfinanzierte Rente?

Aus dem Publikum wurde die Frage gestellt, ob eine Lösung zur langfristigen Absicherung der Leistungsfähigkeit der AHV nicht im Wechsel von der beitragsfinanzierten zur steuerfinanzierten Rente bestehen könnte. AHV-Direktor Walter Kaufmann erinnerte zunächst daran, dass die liechtensteinische AHV schon heute in beträchtlichem Ausmass durch Steuermittel finanziert wird. So beträgt der jährliche Staatsbeitrag 40 Mio. Franken. Walter Kaufmann hat zwar nichts dagegen, wenn die AHV durch ande-

re Quellen als durch Beiträge finanziert würde, wies aber gleichzeitig auch darauf hin, dass der Grossteil der staatlichen Ausgaben strukturell gebunden ist und der Finanzminister wahrscheinlich keine Freude hätte, wenn der Anteil der frei verfügbaren staatlichen Ausgaben dann noch kleiner würde. Insbesondere betonte Walter Kaufmann, dass ein hoher AHV-Fonds selbst im Rahmen der Vermögensbewirtschaftung eine wichtige Einnahmequelle darstellt. Lucia Biedermann erklärte zur Möglichkeit einer steuerfinanzierten Rente, dass hier lediglich eine Verlagerung in dem Sinne stattfinden würde, dass den Arbeitnehmenden durch die entsprechenden Steuerabzüge dann weniger Geld zur privaten Vorsorge zur Verfügung stünde. Sie sieht die Aufgabe des Staates vielmehr darin, mit Steuergeldern für diejenigen zu sorgen, die sich eine private Vorsorge nicht leisten können.

Eigenverantwortung stärken

Aus dem Publikum meldete sich auch die FL-Abgeordnete Andrea Matt. Sie fragte die beiden Experten aus Deutschland, Rüdiger Schulz und Mathias Horx, welche konkreten Handlungsfelder sie aus ihren Forschungen für die Politik ableiten. Rüdiger Schulz vom Institut Allensbach erklärte dazu, dass dem Staat bei der Zukunftsgestaltung zwar eine wichtige Rolle zukomme, dass aber die Eigenverantwortung des Einzelnen nicht ausser Acht gelassen werden dürfe.

Zukunftsforscher Mathias Horx sagte, gerade in Liechtenstein sei die Politik gefordert, sich klare Ziele zu setzen, deren Erreichung im überschaubaren Kleinstaat gut kontrolliert werden könnten. Als Beispiele für mögliche Zielsetzungen nannte er die Stärkung der Grundfitness der Bevölkerung und die Suche nach neuen Wohnformen für ältere Menschen.



Zukunftsforscher Mathias Horx: «Vom Altersmythos, dass Alter gleichzusetzen sei mit beruflicher Passivität, müssen wir uns verabschieden.»



Grosses Publikumsinteresse: Die vom Zukunftsbüro der Regierung organisierte Veranstaltung «Gesellschaft im Wandel – Perspektiven, Chancen und Risiken der alternden Gesellschaft» stiess auf starken Publikumszuspruch.



Rüdiger Schulz, Institut Allensbach: «Viele junge Männer und Frauen zweifeln daran, dass es Kinder zum Glückseligkeit braucht.»